

Bürgerliche Mitte in Wasbek

Die freie Wählergemeinschaft aus Verantwortung für Wasbek



BMW

8. Bürgerbrief

16.11.2010

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

I Im 7. Bürgerbrief konnten wir mitteilen, dass der Kreis in Prehnfelden endlich 70 km/h angeordnet hat, aber noch immer nicht 50 km/h in der S-Kurve. Erst nach nochmaliger Vorsprache erhielten wir am 20.9. auch dafür die Bestätigung. Damit hat die BMW-Fraktion nach 12 Monaten endlich das erreicht, was für die Anwohner und Verkehrsteilnehmer der gefährlichen K 68 längst überfällig war. Leider hat der Bürgermeister unsere Bemühungen nicht unterstützt. So mussten wir mit unserem monatelangen Einsatz allein beweisen, dass Hartnäckigkeit zum Erfolg führt.

Der Landrat mag erklären, warum er und 8 Sachbearbeiter für die Entscheidung ein ganzes Jahr brauchten. Bürgerfreundlicher Umgang, wie von ihm vor seiner Wahl angekündigt, ist das nicht. Nach alledem wurde der Erhöhung der Kreisumlage um 2%-Punkte, - für Wasbek mal schnell 40.000 EURO im Jahr, - zu Recht eine Absage erteilt. Der Landrat möge Überpersonalisierung und Bürokratie abbauen und die Verwaltungskosten senken!

Wasbek ist eine selbständige und seit 2008 auch eine amtsfreie Gemeinde! Die Verwaltungen in Rendsburg und Neumünster haben ohne Verzug das umzusetzen, was bei uns in eigener Verantwortung demokratisch beschlossen wird. Gemeindeordnung § 27: Die Gemeindevertretung - nicht der Bürgermeister - legt die Ziele und Grundsätze für die Verwaltung fest und trifft alle wichtigen Entscheidungen. Verwaltungshörigkeit ist also fehl am Platz!

II Bei der Verkehrsschau wurde der BMW-Antrag für sinnvoll gehalten, Stettiner-, Ostland- und die Straße Am Aalbek als 30 km/h-Zone auszuweisen. Aber das setzte der Bürgermeister nicht um. Stattdessen hob er eigenmächtig die Rechts-vor-Links-Regelung der Hauptstraße auf und damit den GV-Beschluss von 2007. Dass nun wieder der Durchgangsverkehr Vorfahrt hat, ist ein Schritt rückwärts, bedeutet nicht mehr Sicherheit für die Anwohner sondern weniger. Für diese widersinnige Maßnahme ließ der Bürgermeister auf 100(!) Metern einen Schilderwald mit 11(!) neuen Verkehrszeichen für 2000 EURO aufstellen. Ein teurer Schildbürgerstreich!

Wir erinnern nicht, dass je ein Wasbeker Gemeinde-Chef einen sinnvollen GV-Beschluss einfach außer Kraft setzte und Bürger wie Gemeindevertreter vor vollendete Tatsachen stellte. Welchen Sinn haben nach dieser Brückierung noch Beschlüsse der Gemeindevertretung, wenn der Bürgermeister sich doch nicht daran hält? Für die BMW-Fraktion ist das Basta-Verhalten nicht hinnehmbar. Wir haben ihn zum Rücktritt aufgefordert.

III Um den Mitbürgern das Überqueren der vielbefahrenen Straßen zu erleichtern, hatten wir Zebrastreifen beantragt. Denn nur dort haben Fußgänger Vorrang! Für die Kreisstraße (am Bahnhof, an der Ecke Bahnhof-/Lindenstraße und vor der Arztpraxis) sowie die Hauptstraße (vor Gemeindezentrum und Kirche) lehnten die anderen Fraktionen Zebrastreifen ab, so dass die Gefahrenzonen weiterbestehen. Vor dem Kindergarten und der Schule hat die GV-Mehrheit die Entscheidung an die Verwaltung übertragen, die prompt ablehnte.

Warum ließen sich die Vertreter von CDU, FDP und SPD überhaupt wählen, wenn doch in Neumünster entschieden werden soll, ob Wasbek bürgerfreundlicher wird? Die Gefahren auf unseren Straßen, durch den Schwerlastverkehr mit Mais und Gülle noch verschärft, haben die Anwohner täglich vor Augen. Die besorgten Eltern sollten ihre Mandatsträger zur Rede stellen, ob sie erst abwarten wollen, bis ein Kind unter die Räder kommt.

IV Brücken bauen in Wasbek ist im doppelten Sinne eine schwierige Sache. Das muss unsere Fraktion immer wieder feststellen, wenn wir uns für die Belange der Mitbürger einsetzen. Umso mehr können sich die Spaziergänger freuen, dass uns die Kreiswasserbehörde anstandslos den Aalbek-Steg zwischen Wasbek und Ehdorf genehmigte. So ist zu hoffen, dass die Drohung des Bürgermeisters, die Brücke wird wieder abgerissen, damit erledigt ist.

V Vor 40 Jahren wurde die Autobahn fertig. Trotz der enormen Verkehrszunahme hat die Gemeinde nie etwas gegen **Lärm und Luftverschmutzung** unternommen! Unsere Absicht, vor dem weiteren Ausbau den betroffenen Bürgern einen Fachmann zur Seite zu stellen wie in Brokenlande, um alle Anliegen gebündelt durchzusetzen, lehnten die anderen Fraktionen ab. So muss nun die **Gemeindevertretung eigene Maßnahmen** planen: Wir denken an die **Aufforstung der freien Flächen** beiderseits der A 7! Zudem sollte der **neue Bagger-See** der Gemeinde gehören.

VI Hinter der Kirche wird der **private Waldweg** geschlossen, weil die **Haftungsrisiken** ungeklärt sind und Mofafahrer immer wieder auch die **Friedhofsruhe** und die **Gottesdienste** stören. Für die Fußgänger bleibt der Neben-Weg über den Friedhof bestehen und vor der Kirche gibt es den sicheren Fuß- und Radweg.

VII Im vorigen **Bürgerbrief** berichteten wir, dass die Gemeinde ein Grundstück am Kiebitzweg verkaufen will; Interessenten sollten sich an die Verwaltung wenden. In der GV-Sitzung am 29.9. empfahl der stellvertretende CDU-Bürgermeister Rohloff einen qm-Preis von (nur) EURO 65,-. Und der CDU-Fraktions-Vorsitzende Hollerbuhl sprach sich für eine Ausschreibungsfrist bis Ende November aus. Weil aber beide keinen Antrag stellten, haben wir beantragt, **nach Ablauf der November-Frist dem Meistbietenden den Zuschlag** zu geben. Dem stimmte die CDU-Fraktion überraschend nicht zu und machte so den Weg frei, um mit nur 6 Stimmen (von 17 Vertretern) das Grundstück für **EURO 50,-/qm** der Tochter des Bürgermeisters zukommen zu lassen. Ein fragwürdiger Vorgang!

Nachdem die Gemeinde den vorigen Käufern am Kiebitzweg bis zu 85,- EURO abverlangte, müssen **CDU, FDP und SPD** Antwort geben, warum sie dieses Mal 35,- EURO weniger haben und für die Gemeindekasse auf **20.000 EURO** verzichten wollen. Der Bürgermeister mag erklären, warum er sich erst am 29.9. für befangen erklärte, nicht aber schon in der GV-Sitzung am 8.7.. Und warum das Grundstück nicht einmal in der Dorfzeitung angeboten wurde. Sonst gibt es für alles eine sorgfältige Ausschreibung. Warum in diesem Fall nicht? Wo bleibt die Chancengleichheit?

Auch die Verwaltung muss erklären, warum sie Interessenten ausgerechnet an den befangenen Bürgermeister verwies und nicht an den unbefangenen Stellvertreter. Professionelle Vermarktung eines Grundstücks, um pflichtgemäß für die Gemeinde den besten Preis zu erzielen, sieht anders aus. **Gemeindevermögen zum Niedrigpreis** an die Familie des Bürgermeisters zu verkaufen, stört den **Dorffrieden**. Die **Kommunalaufsicht** mag den Fall überprüfen.

VIII Beim **Sommerfest der Feuerwehr**, zu dem auch auswärtige Gäste geladen waren, nahm der Bürgermeister sein **Grußwort** zum Anlass, um heftige Vorwürfe gegen den Vorsitzenden der **BMW-Fraktion** zu erheben. Trotz dieser Entgleisung setzen wir uns weiter - ohne Ansehen der Person - für saubere Grundstücksgeschäfte der Gemeinde ein.

36 ältere, auch gehbehinderte Mitbürger der **Essensgemeinschaft im Gemeindezentrum** haben dem Bürgermeister mitgeteilt, dass sie einen **Aufzug** nicht brauchen. Ihretwegen soll die **Feuerwehr** keinen wichtigen Raum abgeben. Zebrastreifen für ihre tägliche Sicherheit sind ihnen wichtiger. **CDU- und SPD-Fraktion** sollten für die **Vernunft der Älteren** dankbar sein und das **Kosten-/Nutzen-Verhältnis** für den teuren **Fahrstuhl** neu bewerten.

Gemeindevertreter haben das Recht, ihre Meinung zu ändern, und die Pflicht, neue Erkenntnisse zu prüfen! Wir geben zu bedenken, dass wegen des Aufzugs die **neue Turnhalle** in noch weitere Ferne rückt, denn die **finanzielle Lage der Gemeinde** ist nicht so, wie der Finanz-Ausschuss-Vorsitzende Rohwer das im *Courier* veröffentlichen ließ. Die **Kommunalaufsicht** verweist auf das **strukturelle Haushaltsdefizit** und mahnt **Ausgabensenkungen** an!!!

Die **BMW-Fraktion** hat ihren 2009 abgelehnten Antrag wiederholt, dem Wehrführer den **Ehrenpreis der Gemeinde** zukommen zu lassen. Die langjährigen Verdienste, vor allem seine lobenswerte Jugendarbeit, die von Kreis und Land schon zum 125-jährigen Jubiläum gewürdigt wurden, sollten nun auch die Anerkennung der Gemeinde finden.

Allen Wasbekern wünscht die **BMW-Fraktion** geruhsame Weihnachten und Gesundheit im neuen Jahr. Wir werden uns auch 2011 unbeirrt für mehr Bürgernähe und Sicherheit auf unseren Straßen einsetzen.

Kai Höftmann

Uwe Pauschardt

Manfred Saggau

Nachtrag in eigener Sache: Hanna Paul, vormals Mitglied der **BMW-Fraktion**, konnte ihr Mandat aus familiären Gründen nicht mehr ausüben. Wir bedauern das sehr, zumal sie die einzige Frau in der Vertretung war. Wir danken ihr für ihren Einsatz zum Wohl unserer Gemeinde. Frau Paul, früher als Lehrerin tätig, bleibt für die **BMW** weiter im Schulverband. Nachfolger ist Manfred Saggau, vielen als früheres Vorstandsmitglied im SV Wasbek und Feuerwehrkamerad bekannt.

Bürgerliche Mitte in Wasbek

Die freie Wählergemeinschaft aus Verantwortung für Wasbek



BMW

9. Bürgerbrief

8.3.2011

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

I Zuerst etwas Erfreuliches zum Thema **Verkehrssicherheit in Wasbek**: Am 27. April soll Baubeginn für die **Beschränkung des Bahnübergangs Schulstraße** sein. Das teilte der Bürgermeister in der GV-Sitzung am 29. September mit. Da nicht in der Dorfzeitung bekanntgegeben, möchten wir den besorgten Eltern diese positive Nachricht nicht vorenthalten. Hoffen wir, dass es im April nun wirklich losgeht.

II 2009 hatten die anderen Fraktionen noch den **BMW-Antrag** abgelehnt, den neuen Landrat zu einem Arbeits-Gespräch nach Wasbek einzuladen. Jetzt haben das auch die CDU-Vertreter für notwendig gehalten. Denn was **Landrat Dr. Schwemer** auf dem **CDU-Neujahrsempfang** mitzuteilen hatte, war zu wenig:

Noch immer keine Antwort an die **20 Bewohner von Ostland- und Hauptstraße**, die im Dezember 2009 verkehr-beruhigende **70 km/h** auf der **B430** beantragt hatten! Keine Begründung, warum der Kreis 14 Monate brauchte, um die Geschwindigkeit auf der Kreisstraße in **Prehnsfelde** herabzusetzen! Auch kein Wort zu den **580.000 EURO**, die die Kreisverwaltung von Wasbek als **Vermögensausgleich für das Amt Aukrug** forderte! Warum hat der Kreis es darauf ankommen lassen, vor dem **Verwaltungsgericht Schleswig** die kostenpflichtige Niederlage einzustecken?

Solche unnötigen Ausgaben sollte der Landrat einsparen. Stattdessen nutzte er den CDU-Empfang, um für die Erhöhung der **Kreis-Umlage** zu werben. Damit nicht genug: In Neumünster schließt er die **Kfz-Zulassungs-Außen-stelle** des Kreises und alle Kinder im Kreisgebiet lässt er künftig zur **Vorschuluntersuchung** nach Rendsburg anreisen.

Dieser Hiobsbotschaften wegen würde der Landrat eingeladen? CDU-Orts-Vorsitzender **Hollerbuhl** als Gastgeber hätte dem Landrat mehr abverlangen müssen. Stattdessen teilte der Wasbeker den verwunderten Zuhörern von Kreis und Land mit, dass es unter den Gemeindevertretern *Differenzen gibt, die über einen politischen Schlagabtausch hinausgehen*. Was geht das die auswärtigen Gäste an? Warum rückt GV Hollerbuhl seine Gemeinde in ein schlechtes Licht?!

III Das **Gemeindegrundstück am Kiebitzweg** ist neu ausgeschrieben worden. Das hat die Kommunalaufsicht nach Prüfung des bisherigen Verfahrens verfügt. Vor der Besprechung in Wasbek kam es jedoch zu einem Eklat: GV **Doose (FDP)** und **Rohwer (SPD)** beharrten darauf, dass von der **BMW-Fraktion** keiner an dem Gespräch teilnimmt, obwohl die Teilnahme von GV **Pauschardt** mit dem stellv. Bürgermeister **Rohloff (CDU)** vorher abgestimmt war. Erfreulicherweise ließ sich der Leiter der Kommunalaufsicht durch das durchsichtige Manöver nicht beeinflussen.

Wir haben die Stadtverwaltung gerügt, weil sie nicht die Teilnahme eines Vertreters jeder Fraktion sichergestellt hat. Daraufhin schrieb uns **Oberbürgermeister Dr. Tauras** einen Brief, mit dem er übers Ziel hinausgeschossen ist. Statt der **BMW-Fraktion** Vorhaltungen zu machen, sollte der OB die Fehler seiner Verwaltung eingestehen.

IV Es ist verständlich, dass der Bürgermeister über die Neuausschreibung des Gemeindegrundstücks nicht erfreut ist, zumal laut *Courier* seiner Tochter die Baugenehmigung schon vorliegt. Verantwortlich für die ausufernde Affäre ist er selbst. Hat nicht er die zu niedrigen EURO 50,-/qm angeregt und damit die Vertretung in Konflikt gebracht mit der **Gemeindeordnung**? Die besagt nun einmal, dass Gemeindevermögen nur zum vollen Wert veräußert werden darf.

Das Niedrigpreis-Interesse des Bürgermeisters kollidiert mit dem Hochpreis-Interesse der Gemeinde.

Wohl weil wir das verdeutlichen, hat der Bürgermeister in öffentlicher GV-Sitzung aus dem Brief des OB vorgetragen, um die **BMW-Fraktion** in Verruf zu bringen. Wir sehen darin eine **Verletzung des Brief- und Dienstgeheimnisses**.

Einmalig in Wasbek ist, dass der **Bürgermeister** einer (unserer) Fraktion den **Rechtsstreit** androht und mit großem Getöse im *Courier* verkündet. Moniert werden 5 *Bürgerbrief*-Aussagen, die bis 2009 zurückliegen. Warum so spät? Will er die *BMW*-Vertreter auf **Gemeinde-Kosten** mundtot machen, weil sie mit seiner Arbeit nicht zufrieden sind?

Im 6. *Bürgerbrief* vom 24.05.2010 wurde der Eindruck erweckt, dass in der „*Bekanntmachung*“ des Bürgermeisters vom 27.04.2010 die Aussage der Antragsteller, „*Den Wasbekern bietet sich hier eine einmalige Gelegenheit für eine lukrative Investition in diesen Windpark.*“, die Meinung des Bürgermeisters ist, weil er zu den Befürwortern gehörte. Der Bürgermeister legt nun Wert auf die Feststellung, dass es sich um ein Argument der Antragsteller handelte.

Wir haben mehrfach unsere Bereitschaft erklärt, gewünschte Klarstellungen in unseren *Bürgerbriefen* zeitnah vorzunehmen. Unabhängig davon hätte der Bürgermeister auch selbst in der Dorfzeitung oder in den GV-Sitzungen Stellung nehmen können. Aber gerade jetzt die *BMW*-Fraktion öffentlich zu attackieren, wo seine Tochter an einem verbilligten Gemeindegrundstück Interesse hat, ist kein guter Stil.

Statt gegen uns zu wettern, wäre es besser, der Bürgermeister würde in der Presse die Gemeinde-Fläche anbieten: **Baugrundstück ca. 750 qm, sehr ruhige zentrale Lage, 30 km/h-Zone, Nähe zu Schule, Kindergarten, Bahnhof und Bus-Haltestelle. Gebot bis 8.4. an stellv. Bürgermeister (Tel. 67480), der 65,- Euro für vertretbar hält.**

Weder in den Tageszeitungen noch in der Dorfzeitung gibt es eine solche Anzeige. Warum soviel Geheimhaltung, wenn die Gemeinde den besten Bieter sucht? Um nachzuweisen, dass für die schon verkauften Grundstücke kein zu hoher Preis verlangt und bezahlt wurde, muss auch bei dem letzten ein angemessener Preis erzielt werden. **Sonst stellt die Gemeindevertretung bei den bisherigen Käufern ihre Glaubwürdigkeit in Frage!**

V Auch GV Doose scheute nicht davor zurück, seinen **absurden Rechtsstreit** gegen uns in den *Courier* zu lancieren. Er gibt wohl noch immer allein der *BMW*-Fraktion die Schuld, dass die von ihm angestrebten Markttreff- und Windkraft-Projekte durch die Gemeindevertretung und den Bürgerentscheid abgelehnt wurden.

VI Gegen unsere Bedenken wurden die Gewerke für den Personen-Aufzug im Gemeindezentrum vergeben. Bei der Ausschreibung haben Bürgermeister und Bauausschuss-Vorsitzender Doose die **Wasbeker Handwerksbetriebe** „vergessen“. Wer nicht sicherstellen kann, dass die örtlichen Unternehmer berücksichtigt werden, der sollte nicht die Gemeindevertreter der *BMW*-Fraktion an den Pranger stellen und Wasbeker Nestbeschmutzung betreiben.

VII Der verantwortliche Redaktionsleiter des *Courier*, der Wasbeker Thorsten Geil, mag persönliche Gründe haben, weshalb er hiesige Meinungsverschiedenheiten einseitig aufbauscht. Für Sensationsmache zum Nachteil des Dorfes sollten wir uns zu schade sein. Die *Kieler Nachrichten* haben gezeigt, wie man sachlich über Wasbek berichten kann.

Bei den Wahlen in 2008 erhielt die *BMW* 18,5% der Stimmen. Nahezu jeder 5. Wähler stimmte für uns, weil wir nicht von der jahrelangen Bevormundung durch das Amt Aukrug vorbelastet waren. Uns traut man zu, sinnvolle Vorhaben voranzutreiben, -unabhängig von Verwaltungsmeinungen. Diesen Wählerauftrag nehmen wir ernst! Durch Drohungen lassen wir uns auch in Zukunft nicht davon abhalten, mit *Bürgerbriefen* aus der Vertretung zu berichten.

Den Bürgermeister fordern wir auf, zur Sacharbeit zurückzukehren. Viele Eltern wünschen sich z.B. Zebrastreifen, weil sie sich bei dem zunehmenden Verkehr im Dorf um ihre Kinder sorgen. Vom Bürgermeister wird auch erwartet, dass er sich um den Schutz der Anwohner und der schützenswerten Bäume und Baumreihen kümmert, um die Loh und den Schulwald, um die Hügelfläche an der Industriestraße und an der Ehndorfer Straße um die Gemeinde-Koppel, die einer Mondlandschaft gleicht. Erwartet wird, dass er den Jungunternehmern hilft, damit sie nicht abwandern.

Viele Wasbeker haben kein Verständnis dafür, dass der Bürgermeister Rechtsanwälte beschäftigt. Sie wollen, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Wasbek braucht einen Bürgermeister, von dem Positives ausgeht!

Mit freundlichen Grüßen von der *BMW*-Fraktion

Kai Höftmann, Uwe Pauschardt, Manfred Saggau